



Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie in der 17. Wahlperiode

Mitglieder und Vorsitz

Der Ausschuss bestand in der 17. Wahlperiode aus 37 ordentlichen Mitgliedern.
Die Verteilung der Sitze (entsprechend dem Kräfteverhältnis der Fraktionen im Bundestag):

CDU/CSU 14, SPD 9, FDP 6, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 4.

Den Vorsitz führte bis zum April 2011 Bundesminister a.D. Eduard Oswald und in der Folge
Parlamentarischer Staatssekretär a.D. Ernst Hinsken (beide CDU/CSU).
Stellvertretender Vorsitzender war Martin Dörmann (SPD).

Obleute bzw. Sprecher/-innen

Fraktion der CDU/CSU
Dr. Joachim Pfeiffer, Sprecher
Andreas Lämmel, Obmann

Fraktion der SPD
Garrelt Duin bis Juni 2012, danach Wolfgang Tiefensee

Fraktion der FDP
Paul K. Friedhoff bis April 2012, danach Dr. Martin Lindner

Fraktion DIE LINKE.
Sahra Wagenknecht, Sprecherin bis Mai 2012
Ulla Lötzer, Obfrau und ab Mai 2012 auch Sprecherin

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kerstin Andreae, Sprecherin bis April 2012, danach Dr. Tobias Lindner
Christine Scheel, Obfrau April bis Juli 2011, danach Kerstin Andreae bis März 2012, sodann
Beate Walter-Rosenheimer

Statistik

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie trat in der 17. Wahlperiode zu 110 Sitzungen zusammen. Der Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ tagte 18 Mal.

Dem Hauptausschuss wurden insgesamt 2.693 Vorlagen zur Beratung überwiesen. Dabei handelte es sich um 1.262 Bundestagsdrucksachen, davon

- 286 Gesetzentwürfe (55 federführend, 227 mitberatend, 4 gutachtlich)
- 746 Anträge (134 federführend, 612 mitberatend)
- 180 Unterrichtungen (63 federführend, 117 mitberatend)
- 28 Verordnungen (20 federführend, 8 mitberatend)
- 5 Entschließungsanträge (2 federführend, 3 mitberatend)
- 17 Berichte gem. § 56a GO-BT (Technikfolgenabschätzung) (5 federführend, 12 mitberatend) und
- 1.431 EU-Vorlagen (700 federführend, 731 mitberatend).

Zur federführenden Beratung wurden dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie 979 Vorlagen überwiesen (279 BT-Drs., 700 EU-Vorlagen).

Zur Mitberatung wurden 1.710 Vorlagen (979 BT-Drs, 731 EU-Vorlagen) und zur gutachtlichen Mitwirkung 4 Vorlagen überwiesen.

Zu den federführend beratenen Vorlagen hat der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie dem Plenum insgesamt 130 Beschlussempfehlungen vorgelegt.

Themen

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie standen aktuelle wirtschaftspolitische Themen sowie Vorlagen und Fragestellungen zu den Bereichen Technologie und Innovation, Energie (im Besonderen zur Energiewende), Mittelstand, Telekommunikation und Post, Außenwirtschaft und zur Wirtschaftspolitik im Bereich der Europäischen Union. Ferner erfolgte eine intensive Befassung mit der europäischen Finanz- und Bankenkrise.

Für die Beratung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spielten die Jahreswirtschaftsberichte, die Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die Jahresgutachten des Sachverständigenrates und die Berichte der Monopolkommission sowie der Bundesnetzagentur eine herausragende Rolle.

22 der 110 Sitzungen fanden als Öffentliche Anhörungen statt. Deren Themen vermitteln einen Eindruck vom breiten Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie:

1. Kinderspielzeug – Risiko für kleine Verbraucher am 17.05.2010
2. Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union, Außenhandel, Arbeitsmärkte, öffentliche Finanzen am 16.06.2010
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates am 28.06.2010
4. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen am 28.06.2010

5. Energiekonzept und 10-Punkte-Sofortprogramm am 21.10.2010
6. Die Energieversorgung in kommunaler Hand (Rekommunalisierung der Netze) am 24.01.2011
7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Steinkohlefinanzierungsgesetzes am 11.04.2011
8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen am 08.06.2011
9. Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften, Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze am 27.06.2011
10. Energieeffizienz am 05.03.2012
11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes am 23.04.2012
12. Bergrecht am 23.05.2012
13. Euratom-Vertrag am 11.06.2012
14. Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Nowelle) am 27.06.2012
15. Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas am 15.10.2012
16. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften am 22.10.2012
17. Rüstungsexporte am 05.11.2012
18. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts am 10.12.2012
19. Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen (Korruptionsregister-Gesetz) am 25.02.2013
20. und 21. Entwurf eines Gesetzes zu dem Handelsübereinkommen vom 26.05.2012 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits am 13. und 19.03.2013
22. Beschleunigung des Netzausbaus am 15.04.2013.

Am 14.09.2010 fand darüber hinaus eine nicht öffentliche Anhörungssitzung mit dem Titel „Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung“ statt.

Im Berichtszeitraum wurden zwei nicht öffentliche Fachgespräche zum aktuellen Stand des Bürokratieabbaus in Deutschland und Europa durchgeführt. Vor dem Hintergrund der europapolitischen Verantwortung des Ausschusses fand im Oktober 2010 eine auswärtige Sitzung in Brüssel statt. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und mit Mitgliedern der EU-Kommission, unter anderem zu den Bereichen ECOFIN, Wettbewerb, Steuern, Binnenmarkt und Dienstleistungen, Energie, Telekommunikation, Digitale Agenda, Economic governance sowie Kohäsionspolitik.

Mit dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments (IMCO) führte der Ausschuss am 17. Oktober 2011 eine öffentliche Videokonferenz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen durch. Ferner fand im März 2012 eine auswärtige Sitzung im Rahmen des Besuchs der CeBit in Hannover statt.

Das Thema Elektromobilität bildete für den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie einen bedeutenden Beratungsschwerpunkt. Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 2012 eine auswärtige Sitzung bei der Volkswagen AG in Wolfsburg durchgeführt, die wertvolle Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Konzepte der Automobilindustrie im Bereich der Elektromobilität geben konnte.

Gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung fand am 16.01.2013 ein öffentliches Fachgespräch zum Thema „Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien – Ausgewählte Aspekte des Medienwandels und ihre politischen Implikationen“ statt.

Mit folgenden in- und ausländischen Politikern sowie Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft vertiefte der Ausschuss aktuelle wirtschafts- und technologiepolitische Themen:

- Vorstandsvorsitzender der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Dr. Ulrich Schröder
- Vertreter ifo Institut für Wirtschaftsforschung, RWI Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH))
- Vorsitzender des Normenkontrollrates, Dr. Johannes Ludewig
- stellv. Vorsitzende ver.di, Margret Mönig-Raane, Geschäftsführer des Handelsverbands Deutschland e.V., Herrn Stefan Genth, Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. , Peter Feller, Leiter Vertriebspolitik des Markenverbands, Dr. Andreas Geyk
- EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger
- Präsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Jens Weidmann
- Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH, Dr. Jürgen Friedrichs
- Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Universität zu Köln, Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge und Dr. Dietmar Lindenberger, Prognos AG Basel/Berlin, Dr. Michael Schlesinger und Dr. Almut Kirchner, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung, Osnabrück, Dr. Christian Lutz
- EU-Kommissarin für Klimapolitik, Connie Hedegaard
- Vizepräsident der Europäischen Kommission und Wettbewerbskommissar, Joaquin Almunia
- Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth,
- Vorsitzender der Monopolkommission, Prof. Justus Haucap
- Leiter der EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, Ministerpräsident a.D. Dr. Edmund Stoiber
- Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt
- Vorsitzender der Leipziger Strombörse (EEX, European Energy Exchange), Dr. Hans-Bernd Menzel
- Managing Director Leipziger Strombörse, Oliver Maibaum
- Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Otto Krentzler
- Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, Josef Sanktjohanser
- Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Ernst Fischer
- Vertreter der Rating-Agenturen Moody's, Standard & Poor's (S&P), Fitch Ratings und Roland Berger Strategy Consultants
- Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Prof. Dr. Dieter Hundt und Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Göhner
- Vertreter des Flughafenverbands ADV
- Vorstandsvorsitzender der BMW AG, Dr. Norbert Reithofer

- Präsident des Deutscher Industrie und Handelskammertag, Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann
- Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise
- Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, Dr. Martin Winterkorn
- Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger Strategy Consultants, Prof. Dr. Roland Berger
- Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmen, Antonio Tajani
- Präsident der Europäischen Investitionsbank, Dr. Werner Hoyer
- Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann
- Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Peter Gruss
- Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler
- Präsident des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, Matthias Wissmann
- Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa AG, Dr. Christoph Franz und Vorstandsvorsitzender der Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG, Wolfgang Prock-Schauer
- Vertreter des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks
- Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer.

Außenbeziehungen

Reisen des Ausschusses und des Unterausschusses

Die Delegationsreisen in der 17. Wahlperiode standen im Zeichen der bilateralen Herausforderungen in Wirtschafts-, Handels-, Energie-, Rohstoff- und Währungsfragen, welche auch wichtige Beratungsschwerpunkte des Ausschusses darstellten.

Die erste Delegationsreise des Ausschusses führte im Mai 2010 nach Saudi Arabien, Dubai, Bahrain und Kuwait. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sollte die Reise dazu dienen, einen Einblick in die dortigen Vorstellungen von der zukünftigen Energie- und Erdölförderpolitik zu gewinnen. In dem Zusammenhang standen auch zukunftsgerichtete Themen (erneuerbare Energien, Wasser- und Stromverbrauch, „Green building“) und die entsprechenden dortigen Projekte auf der Agenda.

Bei der Delegationsreise nach Indonesien, Malaysia und Singapur im Herbst 2010 stand neben der Energiepolitik die Handelspolitik im Fokus der Gespräche. Die sogenannten „Tigerstaaten“ sind auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise eine der wichtigsten Wachstumsregionen der Welt und werden in den kommenden Jahren gerade auch für Deutschland als Exportnation weiter an Bedeutung gewinnen. Dementsprechend standen die Themenschwerpunkte der Delegationsreise in einem engen Zusammenhang mit Fragen der Wirtschafts- und hier insbesondere der Handelspolitik, die auch in der Ausschussarbeit eine herausragende Rolle einnimmt.

Die Energie- und Rohstoffpolitik stand im Mittelpunkt der Reise des Ausschusses in die Russische Föderation im Mai 2011. Als wichtigster Energielieferant Deutschlands und angesichts seines hohen Anteils an den weltweiten Öl- und Gasreserven ist Russland für die Energieversorgung Deutschlands von hoher strategischer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiepreise gewinnt neben der Versorgungssicherheit auch das Preisniveau an Bedeutung.

Ziel der Delegationsreise war, in Russland mit den Vertretern der dortigen Energie- und Rohstoffpolitik zusammenzukommen, um einen Einblick in die dortigen Vorstellungen zur zukünftigen Rohstoffexportpolitik, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und insbesondere auch mit Deutschland zu gewinnen.

Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Kohäsionspolitik der Europäischen Union ab 2014 führte der Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ eine Reise in das Baltikum durch. Das Gremium besuchte im Juni 2011 die Länder Estland, Lettland und Litauen. Ziel der Reise war, sich in Gesprächen mit Vertretern von Parlament und Regierung, der Wirtschaft und auf kommunaler Ebene ein persönliches Bild über die Herausforderungen und Erfolge der Regionalen Wirtschaftspolitik in den baltischen Republiken zu machen sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den baltischen Ländern auszubauen.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Wachstumsregion Südamerika für Deutschland als Exportnation stand die Wirtschafts- sowie insbesondere die Rohstoff- und Handelspolitik im Mittelpunkt der Delegationsreise nach Chile, Bolivien und Kolumbien im Februar 2012. Vorrangiges Ziel der Reise war, bei Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern einen Einblick in deren Vorstellungen von der künftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu gewinnen. Neben den Themen Rohstoffe und Zukunftsmärkte war die Energiepolitik ein Kernthema, wobei die Rolle Deutschlands als weltweit führender Anbieter von Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien besondere Beachtung fand. Darüber hinaus wurde die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen in der Region begutachtet.

Die Delegationsreise nach Marokko und Algerien im November 2012 stand im Zeichen der dortigen Diskussionen über die Chancen einer weiterentwickelten Energiepolitik. Ziel der Reise war vor diesem Hintergrund, im Rahmen von Treffen mit den relevanten politischen Akteuren einen Überblick über deren Vorstellungen zur künftigen Energiepolitik zu gewinnen. Dabei standen bilaterale Energiepartnerschaften, insbesondere für erneuerbare Energien, im Vordergrund. Ferner kam der Stand der Umsetzung von Diversifizierungsmaßnahmen im Energiesektor zur Sprache. Auch bei dieser Reise wurde die Gelegenheit ergriffen, die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen vor Ort zu beleuchten.

Die Delegationsreise nach Griechenland und Zypern im März 2013 fand vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum statt. Der Besuch in Griechenland diente dem Meinungsaustausch über die Perspektiven der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krise Griechenlands und über die Potenziale der deutsch-griechischen Zusammenarbeit. Die Delegation traf mit hochrangigen Gesprächspartnern der griechischen Regierung, Unternehmern, Parlamentariern und Gewerkschaftsvertretern zusammen und konnte sich so ein ausgewogenes Bild von der Lage in Griechenland verschaffen. Der Besuch in Zypern erfolgte unmittelbar nach der Regierungsbildung, sodass ein aktuelles Bild von der zyprischen Verhandlungsposition und der Reformbereitschaft der neuen Regierung gewonnen werden konnte.

Die letzte Delegationsreise des Ausschusses in der 17. Wahlperiode führte im Mai 2013 nach China und Japan. Auf Einladung des Nationalen Volkskongresses führte die Delegation in Peking unter anderem Gespräche mit dem Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschusses sowie mit Vertretern des Industrieministeriums. Hier standen vor allem die chinesischen Wirtschaftsstrukturen sowie die aktuellen bilateralen Beziehungen im Fokus der Gespräche. In Shanghai konnte sich die Delegation über die Herausforderungen der deutschen Wirtschaft in

China informieren. Der Reiseteil Japan stand im Zeichen der bilateralen Interessen und Verantwortung bei Wirtschafts-, Handels-, Energie- und Währungs-/Haushaltsfragen sowie den aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Japan hinsichtlich der „Abenomics“ und des Interesses an der Struktur und der Tätigkeit der Außenwirtschaftsförderung.

Im Rahmen der Delegationsreisen des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik im Oktober 2012 nach Rheinland Pfalz (Kaiserslautern, Idar-Oberstein und Birkenfeld) und Nordrhein-Westfalen (Dortmund und Gelsenkirchen) sowie im Juni 2013 nach Magdeburg widmeten sich die Abgeordneten schwerpunktmäßig den Themen regionale Strukturpolitik und Verwendung der Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Hierzu fanden Gespräche mit Vertretern der lokalen Wirtschaft, der Industrie- und Handels- sowie der Handwerkskammern, der Landespolitik und der kommunalen Ebene statt. Im Rahmen der Delegationsreisen wurden ferner Firmen besucht, die in den letzten Jahren von Fördermitteln aus der GRW profitiert hatten.

Besuche von auswärtigen Delegationen und Gästen

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie war auch in der 17. Wahlperiode ein international gefragter Ansprechpartner. Mit Blick auf aktuelle europapolitische Fragestellungen wurden im Berichtszeitraum beispielsweise die EU-Kommissarin für Klimapolitik Connie Hedegaard, der EU-Kommissar und Vizepräsident der EU-Kommission Antonio Tajani, der EU-Kommissar Günther Oettinger sowie der EU-Kommissar und Vizepräsident der EU-Kommission Joaquin Almunia zu Gesprächen empfangen. Die Herausforderungen beim Umbau des Energiesystems, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung erneuerbarer Energien im Energiemix standen im Fokus der Gespräche mit vielen auswärtigen Delegationen. Zu energiepolitischen Gesprächen wurden Delegationen aus Indien, Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien, Tschechien, Saudi Arabien, der Ukraine, Frankreich, Chile, der Demokratische Volksrepublik Korea, Kuwait, Schweden, Estland, Lettland, Litauen und den USA empfangen. Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie aktuelle Entwicklungen der internationalen und bilateralen Beziehungen war Thema der Delegationsbesuche aus Liechtenstein, Kolumbien, der Volksrepublik China, Ungarn, Tadschikistan, Irland und Norwegen.